

„Krieg und Frieden im Neoimperialismus“

15. Marxistische Studienwoche, 15. bis 18. August 2022,
Frankfurt/M.

Stehen wir am Anfang einer „neuen Ära neoimperialistischer Weltmachtkonflikte“? Dieser Frage widmete sich die von der Heinz-Jung-Stiftung und der Z-Redaktion organisierte Marxistische Studienwoche 2022 unter dem Titel „Krieg und Frieden. Eine neue Ära neoimperialistischer Weltmachtkonflikte?“ Im Plenum und in Arbeitsgruppen diskutierten ca. 60 Teilnehmende sowie zahlreiche geladenen Referent*innen aus dem Spektrum der marxistischen Linken sowohl imperialismustheoretische Grundlagen als auch ihre Erklärungskraft für gegenwärtige und sich abzeichnende zukünftige internationale Konflikte.

Ausgangspunkt bildete am Montag der Ukraine-Krieg, vor dessen Hintergrund sowohl global-geopolitische als auch spezifisch regional-historische Prozesse der Vergangenheit reflektiert wurden. In der Wiedergabe des Vortrags „Krieg um die Weltordnung“ durch *Jörg Goldberg* (Frankfurt/Main), der für den ausgefallenen *Erhard Crome* (Berlin) einsprang¹, wurde das außenpolitische Agieren Russlands in der jüngeren Vergangenheit als eine selektive Spiegelung der interventionistischen Außenpolitik des Westens, inklusive des Führens konventioneller Kriege, charakterisiert. Eine Integration Russlands als Juniorpartner in die demokratisch-marktwirtschaftliche Weltordnung unter US-Hegemonie würde von dortigen Eliten als Degradierung empfunden. Stattdessen verfolge man, gerade auch auf Basis des ökonomischen Abstiegs in den 1990er Jahren, den Anspruch einer eigenständigen Machtposition im internationalen Gefüge von Weltwirtschaft und staatlich-politischer Ordnung. Um der Gefahr einer Verabsolutierung politischer Faktoren zu entgehen, müssten ökonomische Interessen noch stärker miteinbezogen werden, wie in der anschließenden Debatte kritisch angemerkt wurde, gleichwohl ohne Kriege aus diesen bloß abzuleiten. Stattdessen sei die Vermittlung von ökonomischen und politischen Interessen herauszuarbeiten.

In seinem Vortrag „Kampf um die Ukraine seit 1917“ gab *Stefan Bollinger* (Berlin) einen Überblick zur langen historischen Vorgeschichte des gegenwärtigen Krieges, um die politisch-soziale Konfliktkonstellation jenseits ihrer nationalistischen Legitimationen zu bestimmen und damit auch eine eigenständige politische Positionssuche innerhalb der marxistischen Linken zu ermöglichen. Deutlich wurde dabei, dass die Ukraine bis zur Konsolidierung der Sowjetunion nach dem Zweiten Weltkrieg stets Schauplatz der Auseinandersetzungen um und mit eben dieser war, was einerseits eine Offenheit sowohl für antikommunistische wie antirussische Einflüsse in der Ukraine bedeutete, und andererseits den Stellenwert der Ukraine als Bezugspunkt des russisch-nationalen Selbstverständnisses verständlicher werden ließ.

¹ Siehe dessen Beitrag in Z 131 „Krieg um die neue Weltordnung“ sowie sein neues Buch „Russlands ukrainischer Krieg. Die Ursachen und die Folgen“, Berlin 2022.

Am darauffolgenden Tag, der unter der Überschrift „Imperialismus und Neoimperialismus“ stand, stellte zunächst *Christin Bernhold* (Hamburg) internationale Ausbeutungs- und Gewaltverhältnisse als Teil des Kapitalismus heraus. Deren Analyse bilde die Grundlage jeder marxistischen Imperialismustheorie. Davon ausgehend stellte sie verschiedene Ansätze von Lenin und Luxemburg über die Dependenztheorie und Weltsystemanalyse bis hin zum „New Imperialism“ (David Harvey) vor. Sie kam dabei zu der Schlussfolgerung, dass man Imperialismus im oben genannten Sinne als logisch-systematisches Konzept zu begreifen habe, dessen historische Ausformungen jedoch stets konkret analysiert werden müssten.

Versuche in diese Richtung unternahmen dann sowohl *Jörg Goldberg* (Frankfurt/Main) als auch *Ingar Solty* (Berlin). Goldberg stellte dabei die gängige dichotome Vorstellung von imperialistischen Zentren und einer abhängigen Peripherie insofern in Frage, als im Zuge der Konkurrenz um vorteilhafte Stellungen in globalen Wertschöpfungsketten eigenständige Akteure mit begrenzt imperialistischen Ansprüchen auch im globalen Süden auftreten würden. Vermehrte zwischenimperialistische Konflikte könnten die Konsequenz sein. Kontrovers diskutiert wurden im Anschluss sowohl das Verhältnis von Abhängigkeit und Autonomie der Länder des globalen Südens als auch die These Goldbergs, anti-imperialistische Politik müsse sich heute v.a. um eine Verhinderung der gewaltförmigen Austragung solcher Konflikte bemühen.

Solty wiederum widmete sich nach einer Rückschau auf drei Phasen des Imperialismus und ihn reflektierende Theorien der Frage, was eine vierte Welle der Imperialismustheorie zu charakterisieren habe. Als globale Konfliktlinie identifizierte er dabei eine sich nach der Finanz- und Wirtschaftskrise herausgebildete Konkurrenz zwischen der austeritätsbasierten Kapitalismusform des Westens und dem staatsinterventionistischen Wirtschaftsmodell Chinas. Unabhängig von der politischen Bewertung dieser jeweiligen Typen sieht er ihre Konkurrenz als zentralen Gehalt einer möglichen neuen Blockkonfrontation, mit den USA und China als ihre führenden Exponenten. Wie auch Goldberg betrachtet er die Demilitarisierung und Deeskalation konfrontativer internationaler Beziehungen zugunsten ihrer kooperativen Ausgestaltung als entscheidende Aufgabe antiimperialistischer Politik – auch, um bspw. globale Klimaschutzpolitik betreiben zu können.

Insbesondere den ideologischen Dimensionen dieses Hegemoniekonfliktes widmete sich *Frank Deppe* (Marburg), der das westliche Narrativ eines Konflikts zwischen Demokratie und Autokratie durch die inneren Niedergangstendenzen der USA geschwächt, und die Annahme einer „Amerikanisierung“ Chinas im Zuge kapitalistischer Entwicklungen für widerlegt ansah.

Mit dem innerhalb der diskutierten Konfliktkonstellationen äußerst verbreiteten Mittel der Sanktionen befasste sich *Julia Eder* (Linz), wobei sie Anspruch und Wirklichkeit einer kritischen Überprüfung unterzog und zu dem Fazit kam, dass Sanktionen zumindest in Bezug auf die offiziell proklamierten Ziele der ökonomischen Schwächung und politischen Desintegration der zu treffenden Eliten

eher kontraproduktive Wirkungen haben. Vielmehr träfen diese die vulnerablen Bevölkerungsgruppen überproportional und ließen sie mit der politischen Führung ihres Landes zusammenrücken.

In einem anschließenden Panel diskutierten Expert*innen geostrategische Interessen unterschiedlicher Akteure. *Franziska Linder* (z.Zt. Moskau) kam ausgehend von der gescheiterten Integration Russland in die westlich-kapitalistische Weltordnung zu dem Schluss, dass der Konflikt um die Ukraine primär geostrategisch zu erklären sei. Ähnlich verstand auch *Peter Wahl* (Worms) den Konflikt als einen Stellvertreterkrieg, bei dem er die Rolle der USA als hegemoniale, imperialistische Macht und ihr Anliegen, eine eurasische Hegemoniemacht zu schwächen, näher beleuchtete. Auf die Reaktionen des USA-geführten Westens zum ökonomisch-politischen Aufstieg Chinas ging *Jörg Kronauer* (London) näher ein und betonte dabei die zunehmende Bewertung Chinas als systemische Konkurrenz. Ein entsprechend aggressiverer Umgang mit dem Land sei die Folge. Dass dabei aber auch innerwestliche Differenzen bestehen, machte *Judith Dellheim* (Berlin) am Beispiel der Bundesrepublik und der EU deutlich, für die China eine (noch) unverzichtbare Rolle als ökonomischer Partner einnahme. In der anschließenden Debatte wurden die geopolitischen Hintergründe aktueller und sich abzeichnender Konflikte vertiefend diskutiert. Für eine friedliche Konfliktbearbeitung einzustehen, erschien allen Beteiligten unbedingte Forderung – gerade auch, weil die abhängigen Klassen stets die Hauptkosten jeder Eskalation zu tragen hätte.

Dies verdeutlichte auch der Vortrag von *Jürgen Wagner* (Informationsstelle Militarisierung, Tübingen) am letzten Tagungstag. Wagner stellte detailliert die zeitliche Abfolge der zahlreichen Aufrüstungsvorhaben im Vorfeld und im Zuge der „Zeitenwende“ dar und verwies auf die damit einhergehende Rekrutierungsoffensive der Bundeswehr als ein entscheidendes antimilitaristisches Konfliktfeld der nahen Zukunft.

Vor diesem Hintergrund diskutierte das Abschlusspanel die „Aufgaben der Linken und der Friedensbewegung“ in Deutschland. Auf ideologischer Ebene müsse dabei, so *Werner Ruf* (Kassel), v.a. einer diskursiven Neuformierung entgegengetreten werden, in der die NATO als friedenssicherndes Bündnis gegenüber einem dämonisierten Russland erscheine. *Özlem Demirel* (außenpolitische Sprecherin von DIE LINKE im Europaparlament) verwies auf die Herausforderungen der realen Irritation, die die Eskalation des Krieges in der Ukraine gerade auch bei friedensbewegten Menschen auslöst, und die die herrschende Klasse für ihre Militarisierungsvorhaben effektiv zu nutzen gewusst habe. *Hannah Lubcke* (Hamburg, Internationaler Jugendverein) verwies in diesem Zusammenhang auf die Bildungseinrichtungen, die bei der ideologischen wie realen Mobilisierung einen besonderen Stellenwert hätten. Als entscheidende politische Aufgabe der Linken und der Friedensbewegung sahen es die Diskutant*innen an, dass Sozialprotest- und Antikriegsbewegungen vor dem Hintergrund sich zuspitzender sozialer Fragen – auch aufgrund immenser Kriegskosten – in Verbindung gebracht werden müssen. Eine Perspektive, die zumindest beim Verfas-

ser dieses Berichtes trotz aller betrübenden Entwicklungen der Gegenwart politischen Tatendrang wecken konnte.

Yannik Pein

„Politische Arbeit in Zeiten der Katastrophen“

57. ITH-Konferenz, 22. bis 24. September 2022, Linz

Zum 57. Mal trafen sich internationale Historiker*innen und Sozialwissenschaftler*innen in Linz, um dieses Mal der Leitfrage nachzugehen, wie historische und moderne Gesellschaften auf Desaster reagieren, die aus Epidemien, technischen und umweltlichen Katastrophen resultieren, welche oft auf den Folgen menschlichen Handelns beruhen. Doch zunächst folgte die Neuwahl des Präsidiums der ITH. Die scheidende Präsidentin Susan Zimmermann (Wien) gab nach acht Jahren ihr Amt ab. Die Generalversammlung wählte Therese Garstenauer (Wien) zur neuen Präsidentin. Die bisherigen Vizepräsidenten Marcel van der Linden und David Mayer wurden bestätigt. Im Anschluss erläuterte Therese Garstenauer die Planungen für die Folgejahre. Im Jahr 2023 wird die 58. ITH-Konferenz vom 7. bis 9. September in Linz unter dem Leitthema „Deindustrialisierung, Reindustrialisierung und ökonomische Umbrüche vom 19. Jahrhundert bis in die Gegenwart“ stattfinden, aber auch für Vergleichsbeobachtungen vorheriger Perioden geöffnet werden.

Den Eröffnungsvortrag hielt *Luisa Acciari* (London), die über „Sorgearbeit als Akt des Widerstandes in Zeiten der Krise“ am Beispiel lateinamerikanischer Bewegungen referierte. Durch Corona wurde Armut weiter feminisiert, Frauen, die den überwältigenden Anteil an den Pflgetätigkeiten einnahmen, wurden prekariert, von Maßnahmen des Arbeitsschutzes und der Möglichkeit der Organisation ferngehalten bzw. herausgedrängt, ihrer Einkommen und der Rückkehrchancen in den Beruf beraubt. Dies gelte vor allem für häusliche Arbeitskräfte. Auf ca. 65 Mio. weltweit würde ihre Anzahl geschätzt, davon 90% Frauen, 75% informell beschäftigt, 18% migrantisch. In Lateinamerika beträgt ihr Anteil ca. 18 Mio., darunter 93% Frauen. In fast 49% der von Corona betroffenen Haushalte (Stichprobe) wären die Sorgearbeiterinnen entlassen worden, 13,8% hätten bezahlte Quarantäne bekommen, 23,1% hätten weiterarbeiten müssen, 14,2% hätten Einkommensverluste hinnehmen müssen. Überdies sei ein hoher Grad an Verstößen gegen elementare Regeln des Arbeitsrechts und des Arbeitsschutzes festzustellen. Die medizinischen Folgen dieses Drucks sind u.a. Bluthochdruck, Übergewicht und Depressionen.

Es sind die Sorgearbeiterinnen als die in der Krise am besten organisierten Arbeitskräfte in Erscheinung getreten und haben mit vielfältigen Aktionen für ihre Rechte gekämpft, vor allem über die Kommunikation über die sozialen Medienplattformen, so dass die Gewerkschaften sich immer mehr ihrer angenommen und sie unterstützt hätten.

Es folgte Panel I „Epidemiologische Katastrophen“. *Daniel Curtis* (Rotterdam) stellte am Beispiel der Pestwelle von 1347-1352 und der Epidemie von 1652 die Reichtumsveränderungen vor. Es sei recht selten, so sein Fazit, dass es stabile Ökonomien und massenhaft gefährdete Menschen gleichzeitig gegeben habe. *David Arnold* (Warwick), Pionier der historischen Katastrophenforschung, thematisierte die Pest- und Grippeepidemien in Indien von 1896-1900 und von 1918-1920. Beide Epidemien hätten vor allem die konzentrierten Industrien und Arbeiterwohnbereiche betroffen. Das restriktive Vorgehen der britischen Kolonialbehörden gegen die Betroffenen, um eine Stadtfucht zu unterbinden, hätte heftige Gegenreaktionen ausgelöst: Angriffe auf Hospitäler und Impfstationen z.B., weil jenen Tötungsabsichten vorgeworfen worden seien. 1918/20 hielten sich die Behörden merkbar zurück, es blieb friedlicher, allerdings hatte die indische Arbeiterbewegung in diesen zwei Dekaden an Selbstbewusstsein gewonnen, so dass sogar Lohnsteigerungen während dieser Periode möglich wurden; sie galt nun als „dangerous class“. Die „Spanische Grippe in Linz“ untersuchte *Michael Panner* (Linz), der herausfand, dass sie vor allem im Kontext weiterer Grunderkrankungen tödlich wurde. Im Vergleich etwa zur Tuberkulose gebe es Unterschiede, da diese und andere Epidemien vor allem die junge und arme Bevölkerung betroffen hätten. Im 2. Panel „Technologische Katastrophen“ ging es z.B. um einen langen Kampf der türkischen Minenarbeiter nach der Bergwerkskatastrophe von 2014 mit 301 Toten um die Auszahlung ihrer Entschädigungen, den sie 2021 nach zweijährigen Aktivitäten gewannen, aber auch um den veränderten Blickwinkel der ILO auf Katastrophen wie nach Bhopal in Indien 1984 mit ca. 4.000 Toten. Seitdem gerieten die Multinationalen Konzerne ins Blickfeld und es wurden in der ILO Konventionen beschlossen, die Arbeit und Umwelt stärker gemeinsam betrachteten. Doch der Neoliberalismus habe einen deutlichen Rückschlag bedeutet. Die furchtbare Bergwerkskatastrophe von Hwange im damaligen Rhodesien (heute Zimbabwe) von 1972 beleuchteten *Clement Masakure* (Bloemfontain/RSA) und *Duncan Money* (Leiden). Von den 427 Opfern waren die meisten Farbige, auch Arbeiter aus benachbarten Staaten.

Das Panel 3/1 befasste sich mit Covid-19. Hier präsentierten *Ayca Yilmaz Deniz* (Istanbul) und *Camille Buat* (Paris/Göttingen) ihre Studien. Die forcierte Telearbeit in der Türkei während Covid-19 bei gleichzeitigem betrieblichen Zugriff ins Private der Beschäftigten (Ingenieure und andere akad. Berufe) habe zu einer deutlichen Abnahme der Identifikation mit der Arbeit geführt und zu einer stillschweigenden Aufkündigung von Loyalitäten. *Camille Buat* wiederum sprach über die nativistisch bzw. nationalistisch begründete Politik der Exklusion nichtindischer oder nichtlokaler Arbeitskräfte von Schutz- und Unterstützungsmaßnahmen während der Coronawellen von 2020 und 2021.

Am Sonnabendmorgen wurde im Panel 3/2 die Covid-19-Debatte fortgesetzt. *P.K. Visvanatham* (Coimbatore/Indien) führte anhand der Arbeiter*Innen in indischen Teeplantagen (50-55% Frauen) die Auswirkungen der Pandemie auf die Bezahlung und die Arbeitsumstände aus. Covid-19, das Indien besonders hart traf, sorgte für erhebliche Arbeitszeitausfälle und für harte Einkommenseinbußen. Die wünschenswerte Integration in den globalen Handel mit zertifizierten

Labels wie Fair Trade scheitert aber an den Handelsmonopolen der Großkonzerne. *Özlem Ilyas* (Istanbul) lieferte eine soziologische Analyse der emotionalen Auswirkungen von Covid-19 für die Beschäftigten in der Türkei. Die Ex- und Intensivierung der Arbeit durch Fernarbeit bedeute einen massiven Verlust an Rechtssicherheit und erzeuge signifikant eine Situation der Starre und Entmutigung für Viele. Gleichzeitig entwickle sich ein drängender Wunsch nach Veränderungen, der aber im Privaten verbleibe und nicht die politischen und gewerkschaftlichen Organisationen stärke. Das 4. Panel bezog sich auf Reaktionen auf Katastrophen. Es referierten *Eleonora Gera* (Budapest) zum Aufstand gegen die Schwarze Pest 1739 in Budapest, bei dem es Ausschreitungen und Hinrichtungen von Serben als Sündenböcken gab, *Matt Perry* (Newcastle), der sich den Bewusstseinswandlungen innerhalb der britischen Feuerwehrgewerkschaften hin zur Verbindung von Arbeit und Umwelt unter dem Damoklesschwert der Klimakrise widmete, sowie *Mario Keller* (Wien), der eine interessante Betrachtung über Verschwörungstheorien am Beispiel der Choleraepidemie nach 1830 in London und der Pest in San Francisco von 1900 unter der Perspektive des „Othring“ vorlegte. Sündenböcke würden gemacht, abgeriegelt und angegriffen, Verschwörungsnarrative lieferten die Rechtfertigung und besäßen fast immer die gleichen Grundstrukturen, die von umfassender Ausgrenzung (Othring) ihren Ausgang nähmen.

Insgesamt kamen historische Betrachtungen und ökonomische Analysen zu kurz, die ITH befindet sich in einer Phase der Neuorientierung.

Holger Czitrich-Stahl

Für eine Wirtschaft, die uns allen gehört

„Vergesellschaftung: Strategien für eine demokratische Wirtschaft“, 7. bis 9. Oktober 2022, Berlin

Eigentumsfragen liegen an der Wurzel zahlreicher Krisen des 21. Jahrhunderts. Die Vergesellschaftungskonferenz, getragen von einem breiten Bündnis linker Organisationen¹, legte den Grundstein für eine Bewegung für eine demokratische Wirtschaft, die am Gemeinwohl ausgerichtet ist.

„Die Vergesellschaftungskonferenz 2022 vermittelt eine dieser Erfahrungen, die in der deutschen Linken der letzten Jahrzehnte so rar sind, die Erfahrung, dass eine Bewegung mehr Kraft gibt als sie kostet“, twitterte die Autorin Bini Adamczak zum Abschluss der Konferenz. Über 1.000 Menschen aus Aktivismus, Politik, Wissenschaft und Gewerkschaften kamen am zweiten Oktoberwochenende an der Technischen Universität in Berlin zusammen. Alle waren bereit

¹ Darunter AG Alternative Wirtschaftspolitik, attac, Berlin 21, Communia, Fridays for Future, Gemeingut in Bürgerhand, Institut Solidarische Moderne, Konzeptwerk neue Ökonomie, Oxfam, Rosa Luxemburg Stiftung, Strukturwandel des Eigentums.

zu diskutieren, zu streiten, voneinander zu lernen und über Vergesellschaftung nachzudenken. Es wurden Kämpfe verbunden und sektorübergreifende Allianzen geschlossen. Nur durch breite Vernetzung können eine Abkehr von der neoliberalen Privatisierungspolitik geschaffen und so gemeinsam grundsätzliche und gleichzeitig realistische Alternativen entwickelt werden.

Vergesellschaftung als Weg zum guten Leben für alle?

Mit dieser Ausgangsfrage startete das erste Panel des Vergesellschaftungswochenendes. Gemeinsam mit *Isabella Rogner* (Deutsche Wohnen & Co enteignen), *Hanno Hinrichs* (Hamburg enteignet), *Emil* (RWE & Co. enteignen), *Eda Koca* vom AStA der TU und den spannenden Beiträgen von *Sabine Nuss* und *Bini Adamczak* wurde die Konferenz vom Orgateam eröffnet und aufgezeigt, welches Potenzial in der Eigentumsfrage steckt. „Die absolute Ausschlussfunktion unabhängig von den Bedürfnissen der anderen ist das Spezifische an modernem Eigentum“, so die Journalistin und Politikwissenschaftlerin Nuss.

Die dreitägige Vergesellschaftungskonferenz verlief entlang von sieben Themensträngen, die in Panels, Keynotes, Workshops und interaktiven Formaten diskutiert wurden. Dabei waren natürlich auch Aktivist:innen von „Deutsche Wohnen und Co. Enteignen“, „RWE enteignen“, „Hamburg enteignet!“ und Fridays for Future, genau wie Gewerkschafter:innen u.a. von ver.di und dem DGB. Das Themenspektrum war sehr vielfältig und reichte von historischen und theoretischen Zugängen zum Thema Vergesellschaftung, von kritischen Rückblicken auf vergangene Kämpfe, über aktuelle Initiativen und Bewegungen bis hin zu globalen emanzipatorischen Perspektiven auf die Eigentumsfrage. Konkrete Blicke wurden auf verschiedenste Sektoren, wie den Braunkohlesektor oder Big Tech, geworfen.

Die multiplen Krisen unserer Zeit verlangen nach Antworten

Inhaltlich wurde auf der Konferenz deutlich: Egal ob Klima- und Energiekrise oder Mietenwahnsinn und Pflegenotstand: die multiplen Krisen unserer Zeit benötigen Antworten. Dabei stehen Eigentumsfragen im Mittelpunkt. In Workshops zu Vergesellschaftung der Care-Ökonomie, sozial-ökologischer Verkehrswende, Eigentum und Regulierung im Energiesektor oder Wohnraum vergesellschafteten wurden verschiedenste Sektoren beleuchtet. Die Teilnehmenden diskutierten dabei unterschiedlichste Zugänge für die Bereiche, trotzdem wurde deutlich, dass Vergesellschaftung für alle eine Lösung bieten kann.

Es gibt natürlich kein allgemeingültiges Vergesellschaftungsrezept für jeden Kontext. Im Gegenteil: Jeder wirtschaftliche Bereich braucht eigene Konzepte, eigene Strategien und eigene Akteure. „Auch wenn Kämpfe in unterschiedlichen Sektoren ganz unterschiedlich aussehen, ist es sinnvoll, sich begrifflich auf den gemeinsamen Erwartungshorizont der Vergesellschaftung zu beziehen“, sagte dazu *Ruth Krohn* vom Konzeptwerk Neue Ökonomie. Vergesellschaftung kann als Beschleuniger für notwendige Veränderungsprozesse wirken, der in all jenen Bereichen wirksam sein kann, die in einer kapitalistischen Wirtschaft ausgebeutet werden.

Die Grundversorgung muss für alle Menschen gewährleistet werden

Der Begriff Vergesellschaftung ist umstritten und von vielen Seiten unterschiedlich definiert. „Das Krasse ist, dass wir noch nicht wissen, was wir meinen“, sagte die Sozialphilosophin *Eva von Redecker*. Auch die Teilnehmenden auf der Konferenz waren sich nicht einig, aber angeregt von den Möglichkeiten der Begriffsbestimmung. Die Organisator:innen verstehen unter Vergesellschaftung den Prozess, Konzerne aus den Händen einzelner Weniger in die Hände der Gesellschaft zu geben, am Allgemeinwohl auszurichten und demokratisch zu organisieren. Diesen Prozess sollten aus ihrer Sicht vor allem Unternehmen durchlaufen, die in Bereichen tätig sind, die existenziell für das menschliche Leben sind. Insbesondere in der Grundversorgung mit essenziellen Gütern braucht es öffentliches, demokratisches Eigentum: Dazu zählen Gesundheit, Nahrung, Energie, Mobilität und Wohnraum. Daher sind diese Sektoren besonders attraktiv für einen Vergesellschaftungsprozess. Sie sollten einer demokratischen Verwaltung unterliegen, weil sie alle etwas angehen. Die aktuellen Krisen zeigen in besonderem Maße, dass riesige Gewinne für Wenige und Renditen für Aktionär:innen keine Option mehr sein können. Mit dem Übergang vom Privateigentum in öffentlichen Besitz werden diese Bereiche der gewinnmaximierenden Marktlogik entzogen. So kann lebenswichtige Grundversorgung für alle Menschen gewährleistet werden, unabhängig von ihren ökonomischen Möglichkeiten.

Nicht Staat, nicht privat – Gesellschaft!

Dabei stellte sich am Konferenzwochenende auch heraus, dass Vergesellschaftung ganz klar nicht Verstaatlichung bedeutet. Denn durch Verstaatlichung allein ist weder eine demokratische Kontrolle sichergestellt, noch ist gesagt, dass Unternehmen nach ein, zwei oder sieben Jahren nicht wieder in private Hand verkauft werden. Am Beispiel der Bahn sieht man zudem, dass auch staatliche Unternehmen bis an die Grenze der Tragbarkeit und darüber hinaus der Profitmaximierung verfügbar gemacht werden. Auch LINKEN-MdB *Pascal Meiser* unterstrich diese Aussage im Workshop „Vergesellschaftung als verbindende Klassenpolitik“: Die Privatisierungswelle der 90er Jahre kam auch dadurch zustande, dass der Staat einfach versagt hat und es eben nicht besser konnte. Durch den Prozess der Vergesellschaftung sollen Strukturen geschaffen werden, die es ermöglichen demokratisch darüber zu entscheiden, was wie und zu welchem Zweck produziert wird.

Auf der Vergesellschaftungskonferenz zeigte sich sehr eindrücklich, dass es in der gesellschaftlichen Linken in Deutschland viele Ansätze gibt, neue Allianzen zu schmieden, um das Privateigentum herauszufordern und eigene Gegenmodelle zu entwickeln.

Lara Schauland

Auf dem Weg zu einer materialistischen Intersektionalitätsforschung?

Workshop zu Intersektionalität und Marxismus, 12.10.2022, Lehrstuhl für Kultur- und Wissenssoziologie der TU Darmstadt

Die Z. Ausgabe Nr. 126 vom Juni 2021 mit dem Titel „Kritik des Intersektionalismus“ ist die bislang am meisten verkaufte, aber auch eine polarisierende Ausgabe der Zeitschrift. Im Lehrstuhl für Kultur- und Wissenssoziologie der TU Darmstadt wurde die Ausgabe kritisch gelesen und nach intensiver Lektüre, insbesondere des Artikels von John Lütten, Christin Bernhold und Felix Eckert, bestand Bedarf, diesen gemeinsam mit den Autor*innen zu diskutieren. Dafür wurde zu einem Workshop eingeladen, auf dem beide Gruppen ihre Ansätze vortragen und diese anschließend diskutieren konnten. Eingeladen waren John Lütten, Christin Bernhold sowie Kim Lucht, die einen Beitrag mit Margareta Steinrücke in derselben Ausgabe verfasste. Der folgende Bericht bezieht sowohl die Inhalte aus den Vorträgen, als auch aus den Diskussionen entstandene Positionen mit ein.

Begonnen wurde die Veranstaltung mit einem Vortrag von *Lütten, Bernhold* und *Lucht*, in dem sie die Grundideen ihrer Artikel vorstellten. Lütten und Bernhold betonten die Präsenz der Intersektionalitätsforschung in den Sozialwissenschaften, die sich oftmals jedoch gegen marxistische Theorien unter dem Vorwurf des Ökonomismus wehren. Daher hatten sie Bedarf, sich kritisch mit diesen Ansätzen auseinander zu setzen und so eine Debatte anzustoßen.

Die Vielzahl von Ansätzen und die Uneinigkeit über die Ausformung der Überschneidungen ließe zwar Verallgemeinerungen nicht zu, jedoch übernehmen die Autor*innen sechs Kernpostulate aus Ashley J. Bohrsers Buch *Marxism and Intersectionality*, die allen Ansätzen gemein seien (vgl. Lütten/Bernhold/Eckert 2021: 23). Kritisieren müsse man hier unter anderem die fehlende Hierarchisierung von Ungleichheitskategorien und das daraus folgende verkürzte Verständnis von Klasse. Klasse würde nicht mehr als strukturgebende Kategorie, sondern als Diskriminierungsform aufgrund ökonomischer Ungleichheit verstanden. Die Entstehung von Ungleichheiten als spezifische Ausprägungen kapitalistischer Herrschaftsformen könne damit nicht erklärt werden. Zwar gebe es im deutschsprachigen Raum mit Gudrun-Axeli Knapp, Cornelia Klinger, Nina Degele oder Gabriele Winker alternative Strömungen, die den mikro-soziologischen Schwerpunkt kritisieren und sich für eine gesellschaftliche Rahmung der Ungleichheiten einsetzen. Diese seien jedoch eher als Postulate zu verstehen und mangeln einer klaren Ausformulierung, insbesondere der Rolle von Klassen. Eine marxistische Theorie müsse immer auf die Verhältnisse schauen, die gesellschaftliche Transformationen, bzw. ihre Stabilität bewirken. Nach Marx seien das in letzter Instanz die Klassenverhältnisse. Somit seien intersektionale Ansätze mit marxistischer Theorie nicht vereinbar.

Ein Beispiel der Kritik an der Intersektionalitätsforschung formulierten Lucht und Steinrücke in ihrem Beitrag über Klasse und Geschlecht. *Lucht* betonte in ihrem Vortrag die Problematik der Intersektionalität, Geschlechteridentitäten zu

beschreiben, ohne dabei Klasse als übergeordnete strukturierende Kategorie zu verstehen. Die Kategorie Geschlecht könne die Herkunft von Geschlechteridentitäten nicht erklären und verfestige zudem stereotype Rollenbilder. Die materiellen Auswirkungen, die durch den (Teil-)Ausschluss aus der kapitalistischen Produktion und die daraus abgeleitete Abhängigkeit vom Mann entstehen, würden durch die Betrachtung von Geschlecht als allein stehende Kategorie verloren gehen. Vergeschlechtlichte Subjektivierungsprozesse seien, wie es Bourdieu in seinem Konzept des Klassengeschlechts verdeutlicht, immer an die Produktionsverhältnisse geknüpft.

Im Anschluss stellten *Tanja Paulitz, Sandra Seeger, David Meier-Arendt* und *Ricarda Kramer* vom Lehrstuhl Kultur- und Wissenssoziologie der TU Darmstadt ihre Kritik an dem Artikel von Lütten, Bernhold und Eckert vor. Sie halten eine marxistisch begründete Abkehr vom Intersektionalitätsansatz für verfrüht. Hingegen solle sich auf Gemeinsamkeiten, insbesondere in den deutschen Strömungen, konzentriert und diese produktiv erweitert werden.

Zunächst wurde die Begriffswahl „Intersektionalismus“ kritisiert, da diese nicht ausreichend begründet sei. Der Zusammenhang zwischen politischer und wissenschaftlicher Agenda sei von den Autor*innen zwar postuliert, aber nicht hinreichend ausgearbeitet worden. Mit der Verwendung der Eigenbezeichnung der Strömung hätte eine konstruktive Zusammenarbeit mit Intersektionalitätsforscher*innen eher gefördert werden können, während die Verballhornung tendenziell den Anschein einer pauschalen Diffamierung des Feldes erwecke.

Ein Beitrag zur Kritik der Intersektionalität sei zwar grundsätzlich wichtig, da es dem Ansatz in seiner hegemonialen Form an historisch-materialistischer Prägung fehlt und dieser somit Gefahr läuft, von einem „progressiven Neoliberalismus“ vereinnahmt zu werden. Jedoch seien von den Autor*innen die deutschen Ansätze nur unzureichend rezipiert worden. Exemplarisch würden Klinger/Knapp (2007) durch die Berücksichtigung von strukturierenden Gesellschaftsordnungen und einem Verständnis von Gesellschaftsgeschichte als Verflechtungsgeschichte durchaus Anknüpfungspunkte für marxistische Analysen bieten. Kritisch hinterfragt wurde außerdem, ob eine im Vorhinein festgelegte, zentrale Analysekategorie notwendig sei, oder ob sich diese nicht aus den erhobenen Daten ergeben müsse. Es benötige einen Ansatz, der die Herausarbeitung der Relevanz von Herrschafts- und Ungleichheitskategorien grundsätzlich offenlässt.

Nach der Diskussion blieb offen, wie mit Ungleichheitsformen außerhalb kapitalistischer Gesellschaften umgegangen und wo hier ein archimedischer Punkt gefunden werden kann. Einigkeit herrschte bei der Kritik des verwendeten Klassenbegriffs in der hegemonialen Intersektionalitätsforschung und deren Verständnis von Klasse als Diskriminierungsform. Auch die Gefahr der Vereinnahmung des Ansatzes auf politisch-aktivistischer Ebene durch Kapitalinteressen, über beispielsweise organisationale Diversityprogramme, wurde von beiden Seiten erkannt. Uneinig waren sich die zwei Gruppen über die Rolle von Klasse als übergeordnete oder gleichwertige Kategorie. Hier bedarf es weiterer Debatten.